

Alex Sutter

Kultur und Verbrechen. Zur Diskussion des St. Galler Lehrermords

Erschienen in: WoZ Nr.17 / 29. April 1999

„Zwei Monate nach der Tat ist es möglich, einen komplexen Sachverhalt ruhiger zu betrachten“: So lautet die vielversprechende Überschrift zu einem „Rekonstruktionsversuch“ des Mordes an einem St. Galler Lehrer durch einen kosovo-albanischen Vater. Der Artikel von Willi Wottreng in der Weltwoche vom 11. März 1999 enthält nun aber keineswegs eine nüchterne Fallbeschreibung, sondern ist schon von der Darstellungsform her als theatralische Tragödie aufgemacht. Den längst bekannten Fakten und Gerüchten wird kaum Neues hinzugefügt; neu ist vielmehr die unverhohlene Dramatisierung der Geschichte in der Manier des „Kultur-Barock“ (Weltwochewerbetext). Was in der vorangegangenen breiten Berichterstattung über den St. Galler Mordfall noch als quasi normaler Wertkonflikt mit tragischem Ausgang daherkam, wird nun endgültig ins Kitschig-Mythische überhöht: „Die Engel müssen auf Urlaub gewesen sein, als die Tragödie sich anbahnte. Dabei hätten sie von oben herab sehen müssen, dass da zwei Kontinente unaufhaltsam aufeinander zudriften.“ Wir rufen bereits jetzt: Stop!, Vorhang zu! Liefert nicht schon die gewöhnliche Darstellung der Mordgeschichte genügend ätzenden Stoff?

Wir müssen ziemlich weit zurückblättern, um das Trauerspiel besser einordnen zu können. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre gab es in der Migrationssoziologie eine Kontroverse um die „Kulturkonfliktthese“. Diese betonte die Bedeutung kultureller Unterschiede für die Erklärung von Integrationsschwierigkeiten zugewanderter Familien. Kulturbedingte Norm- und Wertkonflikte waren aus dieser Sicht ausschlaggebend für viele Integrationsprobleme. Die KritikerInnen haben die Kulturkonfliktthese schon damals als Ideologie wahrgenommen, welche die strukturell bedingten Probleme der eingewanderten Minderheiten diesen selbst anlastet und damit die Zuwanderungsländer entlastet.¹

Inzwischen ist diese Auseinandersetzung innerhalb der sozialwissenschaftlichen Zunft weitgehend beigelegt. Es gibt einen Konsens darüber, dass die kulturelle Dimension in den Integrationsprozessen nur ein Faktor unter mehreren ist. Das Verständnis für die Wechselwirkung von strukturellen Integrationshürden wie etwa der Ausländergesetzgebung und Prozessen kollektiver Fremd- und Selbstzuschreibungen auf kultureller Ebene ist gewachsen. Längst ist durchschaut, dass die Festlegung von Minderheitengruppen auf ihre „andere Kulturen“ heute eine ähnliche politische Funktion wie vormals der biologische Rassismus einnehmen kann, nämlich die ideologische Grundlage für Politiken der Diskriminierung, Ausgrenzung, und - im Extremfall - des Völkermordes zu liefern.

Um so auffälliger ist heute der Kontrast zwischen den sozialwissenschaftlichen Konzepten und der öffentlichen Meinung. Der Graben wird deutlich im Moment der Krise. Die öffentliche Verarbeitung von tragischen Einzelfällen wie des Mordes an einem Lehrer in St. Gallen läuft regelmässig auf die Bestätigung der falschen Meinung hinaus, die Integration von Zugewanderten sei vor allem ein Problem der kulturellen Unterschiede.

Die St. Galler Mordtat hat in der Deutschschweiz ein enormes Medienecho ausgelöst: Reportagen, Hintergrundseiten, Gespräche mit ExpertInnen, Kommentare, Radio- und Fernsehsendungen wurden dem Fall gewidmet. Natürlich waren darunter vernünftige Reaktionen, zum Beispiel auch in der Weltwoche². Dass die Geschichte ein von der Lehrerschaft in der täglichen Arbeit teilweise tabuisiertes Problem in die öffentliche Diskussion brachte, ist nicht zu übersehen. Doch nicht wenigen Kommentaren schien der Fall gelegen zu kommen, um grundsätzliche Betrachtungen zur Integration bestimmter AusländerInnengruppen anzustellen.

LeserInnenbriefe

Beginnen wir mit einem wichtigen Forum der öffentlichen Verarbeitung, den LeserInnenbrief-Seiten. Ob im Berner Bund, im Zürcher Tages-Anzeiger oder im St. Galler Tagblatt, überall tauchen ähnliche Schlüsselwörter und Assoziationen auf. Eine Frau aus Muri, die sich auf eine zweijährige Erfahrung als Lehrerin in einer ägyptischen Privatschule beruft, behauptet: „Flüchtlinge haben eine ganz andere, für uns fremde Lebensauffassung. Der Vater ist das unbedingte Oberhaupt der Familie und für die Erziehung der Kinder verantwortlich. Das bleibt so, auch wenn die Familie im Ausland lebt. Ein Menschenleben zählt dabei nichts, wenn es um sein vermeintliches Vaterrecht geht. (...) Warum will man sie bei uns unbedingt integrieren? Die Asylanten wollen doch in ihrer Religion und Mentalität weiterleben.“ (Der Bund, 21. Jan. 1999) Die Botschaft ist klar: Die Flüchtlinge sind kulturell derart verschieden, dass es falsch wäre, sie aufnehmen zu wollen. Dem kann auch ein Mann aus Herzogenbuchsee zustimmen. Nur wird er noch etwas präziser. Er spricht nicht mehr von den Flüchtlingen im allgemeinen, sondern von den Albanern im besonderen. Für ihn ist die Tat eine „schockierende Konfrontation mit einem völlig fremden Wertesystem“. Es sei kein Zufall, dass es sich beim Mörder um einen Albaner handle. „Wie kaum ein anderes Land wird heute Albanien nach wie vor von den Gesetzen der Blutrache und der mit Gewalt zu verteidigenden Ehre beherrscht.“ (Der Bund, 19. Jan. 1999)

Andere kommen vom Besonderen der albanischen Sitten wieder zum Allgemeinen einer ethnisch gesäuberten Gesellschaft, die etwa einem Zürcher Lesebriefschreiber vorzuschweben scheint: „Die Bluttat des Kosovo-Albaners hat uns einmal mehr gezeigt, dass diese multikulturelle Gesellschaft in die Kriminalität und letztendlich ins Chaos führt. Wo Menschen zusammenleben, die fundamental unterschiedliche und einander teilweise sogar ausschliessende Wertvorstellungen haben, da müssen zwangsläufig Probleme entstehen. Die Geduld der Schweizer Bevölkerung wird heute durch die kulturelle Intoleranz gewisser Einwanderergruppen, mit denen ein harmonisches Zusammenleben schlicht undenkbar ist, arg strapaziert.“ (TA, 13. Jan.) Dieser Rechtsausser-Tonfall lässt sich im Falle eines Leserbriefes im St. Galler Tagblatt explizit der Freiheitspartei zuordnen. Der Schreiber behauptet, dass es laut Aussagen betroffener Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Ärzte, Polizisten etc. „an der Tagesordnung sei, dass sie bedroht oder angegriffen werden, nur weil sie die Aufgabe wahrnehmen, unsere Mitbewohner anderer Kulturen zu bewegen, sich nach unseren Gesetzen und Gebräuchen zu richten, so wie man es auch von der angestammten Bevölkerung erwartet.“ (St. Galler Tagblatt, 19. Jan.)

Die Münsterchen zeigen: Das Denkmodell der „anderen Kultur“ mit ihren „ganz anderen Werten“ ist populär. Es dient in diesem Falle dazu, die Empörung über die Mordtat in eine Diffamierung von eingewanderten Gruppen zu übersetzen, sei es auf der Ebene der Nationalität oder unspezifischer, von anderen „Kulturkreisen“. Dieser pseudowissenschaftliche Ausdruck hat nicht zufällig Konjunktur: Der Kreis betont das Runde, die Abgrenzung, die Abkapselung.

Fachpersonen

Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass aufgeklärte und sachkundige Menschen gegenüber dem aufgezeigten Denkmuster immun wären. Zwei Tage nach der St. Galler Mordtat erscheint im Berner Bund ein ganzseitiges Gespräch mit zwei Fachpersonen vom Intermedio-Kompetenzzentrum des Schweizerischen Roten Kreuzes. Ohne die Geschichte im einzelnen zu kennen, weiss der Fachmann, was Sache ist: „Der Mann hat aus seiner Sicht nicht eigentlich gewalttätig gehandelt - er hat geglaubt seine Pflicht ausüben zu müssen, die Ehre seiner Familie und seiner Tochter zu verteidigen. Und dabei war ihm jedes Mittel recht. Die Jungfräulichkeit der Tochter ist ein hohes Gut.“ Es braucht allerdings keinerlei Fachwissen, um eine solche Assoziationskette aufzubauen, dazu reichen einige Stereotypen. Letzte Reste eines differenzierenden Zweifels werden beseitigt,

wenn eine solche Interpretation von einem „Berater für Konfliktfälle aus dem islamischen Raum“ stammt.

Die gleiche Schiene ist eine St. Galler Lehrerberaterin im „Zischtigsclub“ vom 19. Jan. gefahren. Mit Berufung auf einen kosovo-albanischen Kulturvermittler hat sie x-tausend ZuschauerInnen weismachen wollen, das Verhalten des Mörders entspreche einer für die Albaner geltenden kulturellen Logik. Dabei spielte sie auf den Kanun an, das alte Gewohnheitsrecht Albaniens, das für die meisten (Kosovo-)AlbanerInnen spätestens in der Zeit des Sozialismus seine Bedeutung weitgehend verloren hat und heute vor allem noch in einigen historischen Rückzugsgebieten der katholischen Minderheit in Konfliktfällen in Gebrauch ist. Dass der Täter selbst ein strenggläubiger Katholik ist, wurde übrigens von den Medien mit wenigen Ausnahmen konsequent verschwiegen. Es hätte das Bild seines Andersseins wohl zu sehr gestört. Die katholische Religionszugehörigkeit des Mörders bedeutet jedoch nicht notwendig, dass er sein Handeln tatsächlich am Kanun orientiert hat. Das Schlimme am ethnographisch fragwürdigen Verweis auf den Kanun besteht jedenfalls in der Pauschalisierung, dass nämlich alle Kosovo-Albaner so dargestellt werden, als wären sie Marionetten eines tausendjährigen archaischen Gewohnheitsrechtes.

Dieselbe Lehrerberaterin hat im St. Galler Tagblatt vom 15. Jan. 1999 aus dem Mordfall eine grundsätzliche Problematik herausgelesen. Sie konstruiert ein Dilemma zwischen dem Integrationsauftrag der Schule und dem Respekt vor den „kulturellen und religiösen Werten der verschiedenen Nationalitäten“. Die Konsequenz scheint klar: „Der Zusammenstoss mit Eltern, die ihre kulturellen Werte verteidigen, ist programmiert.“ Dies ist die unnötige Dramatisierung eines Sachverhalts, der in der interkulturellen Pädagogik seit zwanzig Jahren intensiv diskutiert wird, dass nämlich die normale Nicht-Übereinstimmung des familiären und des schulischen Wertesystems im Falle zugewanderter Familien bisweilen besonders akzentuiert ist. Offenbar in Unkenntnis der Fachdiskussion lässt sich die Lehrerberaterin in einem NZZ-Expertengespräch vom 28. Jan. 1999 von der eigenen überzogenen Interpretation zur Aufforderung hinreissen, „das Tabu, über Separierung zu sprechen“, sei zu brechen. Gemeint ist die von SVP-Kreisen offen geforderte Aufteilung der Schulklassen nach schweizerischen und ausländischen Kindern.

Nicht zufällig landet die Fachperson bei solchen Gedanken, unterscheidet sich doch ihr bevorzugtes Interpretationsmodell mitnichten von demjenigen, das wir in den LeserInnenbriefen ange-troffen haben. Doch der Hinweis auf die „andere Kultur“ der MigrantInnen (z.B. der Kosovo-AlbanerInnen) gibt weder eine zureichende Erklärung für eine besondere kriminelle Tat noch für Integrationsdefizite im allgemeinen.

Die andere Kultur

Selbstverständlich gibt es kulturelle Unterschiede, wo immer man hinschaut. Gruppen von Menschen, die miteinander regelmässig zu tun haben, weisen kulturelle Gemeinsamkeiten auf, die sich von den kulturellen Gemeinsamkeiten anderer Gruppen unterscheiden. PolitikerInnen im Parlament haben eine etwas andere Sprache, andere Umgangsformen und Rituale und oft andere Wertorientierungen als etwa Jugendliche in ihren Subkulturen. Wenn wir von nationalen oder ethnischen Gruppen sprechen, ist es allerdings schon schwieriger, kulturelle Gemeinsamkeiten genau zu bezeichnen, denn diese Gruppen sind in erster Linie imaginäre Identifikationsgruppen. Die mit ihnen verbundene Vorstellung einer kulturellen Gleichförmigkeit gehört grösstenteils ins Reich der Phantasie. In der Realität sind - wenn überhaupt - die Sprache und staatliche Institutionen wie das Rechtssystem den Mitgliedern der Nation gemeinsam.

Wenn der Sprachunterschied die Verständigung erschwert oder verunmöglicht, und gleichzeitig eine konflikträchtige Situation gegeben ist, entsteht eine starke Verunsicherung und gleichzeitig viel Platz für Projektionen. Man neigt dann dazu, aus der Verunsicherung heraus das Gegenüber, das eine andere Sprache spricht und etwas anderes will, als ganz anders wahrzunehmen. Im sel-

ben Zug tendiert man dazu, die Anderen entlang nationalsprachlicher Grenzen einander gleich zu machen, sie alle nationenweise in den gleichen kulturellen Topf zu werfen. Es heisst dann: „Jede Nation hat eine eigene Kultur“, und dies meint mehr, als nur die andere Sprache, nämlich „ganz“ andere Normen und Werte.

Obwohl wir genau wissen, dass es bei uns viele soziokulturelle Milieus gibt, die sich in ihren Wertorientierungen teilweise stark unterscheiden, verlieren einige in Bezug auf die Anderen jedes Unterscheidungsvermögen. Die Anderen sind dann plötzlich DIE Kosovo-AlbanerInnen, und von ihnen wird behauptet, sie hätten ein ganz anderes Wertesystem, nämlich das von patriarchalischen bäurischen Grossfamilien. Das ist etwa so, als würden wir eine geschlossene Schweizer Kultur postulieren, die sich ausschliesslich am Bild des allein lebenden Bankangestellten oder des halbnomadischen Alphirten orientieren würde.

Auch wenn man das soziokulturelle Milieu eines Menschen kennt, hat man dadurch noch keinen Schlüssel für sein Verhalten. Denn kein Mensch ist bloss eine Funktion seines Milieus. Es bedarf eines genauen Blickes auf die Person, um einschätzen zu können, welches die für sie geltenden Handlungsorientierungen sind, und wie diese Werte und Normen zu denen ihrer Bezugsgruppen stehen. Wenn man sich in die Lebensgeschichte vertieft, wird klar, dass eine Person ihre Identität nicht nur in Anlehnung an, sondern oft auch in Auflehnung gegen kulturelle Prägungen herausbildet. Und natürlich spielen andere Faktoren für die Erklärung einer spezifischen Handlungsweise eine ebenso grosse Rolle: psychische Muster, soziale Abhängigkeiten, wirtschaftliche Strategien, institutionelle Rahmenbedingungen, etc.

Auf den Mord von St. Gallen angewandt, bedeutet dies: Es ist Sache der Justiz, die Vorgeschichte der Tat zu rekonstruieren, sich aus dem Kontext seiner Lebensgeschichte heraus ein Bild der Persönlichkeit des Täters zu machen, und einen allfälligen Einfluss kultureller Werte im Verhältnis zu anderen, etwa psycho-pathologischen Faktoren zu gewichten.

Klar ist, dass bei einer individualisierende Betrachtungsweise eine Übertragung des Falles auf die gesellschaftliche Problematik der Integration von Zugewanderten nicht mehr möglich ist. Genau dieser Link wurde aber in der medialen Aufarbeitung ständig hergestellt: Erstens wurde der St. Galler Mordfall einseitig als kulturbedingter Wertkonflikt interpretiert und zweitens hat man diese unhaltbare Interpretation als Paradigma für die Darstellung der Integrationsproblematik im Allgemeinen verwendet.

Integrationsprobleme haben primär strukturelle, nicht kulturelle Gründe. Es ist nicht zu verantworten, ethnische oder nationale Minderheitengruppen kulturell zu stigmatisieren, denn dadurch wird der Boden für potentiell unmenschliche Ausgrenzungspolitiken bereitet. Sobald wir es für plausibel halten, dass einer nur aufgrund seiner Kultur einen anderen umbringt, so dürfen wir uns auch nicht mehr verwundern, wenn die einen die anderen wegen ihrer „anderen Kultur“ ächten, vertreiben oder bekriegen.

¹ Vgl. Ralf Twenhöfel: Kulturkonflikt und Integration. Zur Kritik der Kulturkonfliktthese. In: Schweiz. Zeitschrift für Soziologie 2 (1984). S. 405-434.

² Vgl. Hans-Rudolf Wicker: Wundert euch nicht über gewalttätige Ausländer. In: Weltwoche vom 28. Jan. 1999, S. 56